BERNER BERNOIS

Journal

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • April / Mai • Nr. 2–2017

AZB 3000 Bern 25

Nein zum Energiegesetz

Mehrkosten ohne Zusatznutzen? Nein zu diesem sinnlosen Gesetz!

Seite 2

Ja zur Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord

Vom Ja profitiert der ganze Wirtschaftsstandort Kanton Bern!

Seite 3

Nein zu 105 Asylsozialhilfemillionen

Nein zu diesem Kredit – keine Zusatzausgaben im Asylbereich!

Seite 4+5

Wir sehen uns an der BEA

Die SVP wirkt

Werner Salzmann, Nationalrat und Parteipräsident, Mülchi

Bald sind wieder Wahlen und die Linke ist offenbar der Verzweiflung nahe nach einem Jahr bürgerlicher Mehrheit in Regierung und Grossem Rat. Deshalb hat sie angekündigt, den Jura-Sitz anzugreifen – obwohl sie noch gar keinen Jura-Kandidaten hat. Und deshalb lässt sie keine Gelegenheit aus, die Arbeit unserer Regierungsräte zu kritisieren.

Auf Pierre Alain Schnegg scheint sich die SP richtig eingeschossen zu haben, da er mit seiner Arbeit ans Tageslicht bringt, was jahrelang versäumt wurde in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Plötzlich wird aufgeräumt. Dabei zeigt sich, dass das Desaster in der Direktion noch viel grösser ist als angenommen. Kein Wunder, gibt es für die Medien viel zu schreiben und für die Sozialindustrie viel zu fürchten: Plötzlich überprüft nun jemand, wofür beantragte Kredite aus Steuergeldern verbraucht werden, und ob eingeleitete Projekte und Massnahmen tatsächlich etwas bringen. Auch im Gesundheitswesen merkt man, dass nun ein kompetenter Chef die Verantwortung trägt und auch den Willen hat, unternehmerisch zu entscheiden. Heureusement que Schnegg connait bien la matière et que maintenant, ils sont à deux au gouvernement bernois, nos représentants UDC. Ensemble ils font bouger les choses! Schnegg hat etwa festgestellt, dass es im Raum Bern so viele Notfallstationen gibt, dass sie schlecht ausgelastet sind. Das wollte die Linke aus Rücksicht auf ihre Wählerschaft natürlich nie thematisieren. Aber nun ist Schluss damit, nur immer auf dem Land zu sparen: Jetzt kommt die SVP und schaut hin – und zwar auch in der Stadt.

Auch in der JGK wird gespart. Während die Linke gerne ihre Entourage für teures Geld platziert, packt Christoph Neuhaus möglichst selber an. Er hat sogar das heisse Eisen Direktionsreform an die Hand genommen und scheut sich nicht, dabei auch die Kirchen zu reorganisieren und der heutigen Zeit und der Finanzsituation des Kantons anzupassen. Er beweist damit den Mut, den vor ihm noch kein anderer Regierungsrat gehabt hat: sich nicht auf der eigenen Direktion auszuruhen, sondern diese nötigenfalls sogar abzuschaffen.

Man sieht's: Die SVP wirkt! C'est la volonté d'améliorer la situation pour tous les Bernois qui nous donne la force ! Ensemble nous sommes forts ! So wollen wir weitermachen und uns einsetzen. Jetzt bei den wichtigen Abstimmungen, aber dann auch bei den Wahlen im nächsten Frühling, wo es darum gehen wird, unsere Stärke zu erhalten, wenn es dem Kanton Bern gut gehen soll.

Werner Salzmann

STAND

Populismus-Keule statt Argumente

Ein Gespenst geht um in der Welt: der Populismus. Mit Trump, Maduro, Morales, Orban, Erdogan, und Le Pen lässt sich ein düsteres Bild der Zukunft malen, unter subtiler Erwähnung der SVP. Gehen in der Ratsdebatte die Argumente gegen die SVP-Anträge aus, lässt man einfach den Populismus-Vorwurf wie eine Keule schwingen und vermeidet damit die sachliche Diskussion. Stromlücke? Populistisch! Zu hohe Ausgaben für das Asylwesen? Populistisch! Sinkendes Bildungsniveau? Populistisch!

Mit der Populismus-Keule lässt sich sogar Geld erbetteln. Im Briefkasten lag kürzlich ein Demoplakätchen «Make Rechtspopulismus small again» inklusive Einzahlungsschein. Der SP gehen offenbar nicht nur die Kandidaten, sondern auch das Geld aus, dass sie so versucht, zu Wahlspenden zu kommen.

Vielleicht sollte die SVP eine Crowdfunding-Aktion unter dem Titel «Make Linkspopulismus small again» starten, um damit den Wahlkampf zu finanzieren. Aber im Gegensatz zur Linken spart die SVP eben in der Zeit, dann hat man in der Not. Populistisch? Nein, gesunder Menschenverstand, eben typisch SVP.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin

Nein zu höheren Benzinpreisen und kälteren Wintern!

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Am 21. Mai stimmen wir über das neue Energiegesetz ab. Die SVP hat das Referendum gegen diese desaströse finanzielle Zusatzbelastung von Einzelpersonen, Familien und KMU ergriffen. Zusammen mit vielen Verbänden setzt sie sich mit aller Kraft und Überzeugung für ein NEIN ein.

Wir verfügen heute in der Schweiz über eine sichere, günstige und zuverlässige Versorgung, die uns jederzeit genügend Energie liefert. Dank immer sparsameren Autos, effizienteren Haushaltsgeräten und moderneren Maschinen ist der Energieverbrauch pro Kopf seit einigen Jahren rückläufig. Obwohl die derzeitige Energieversorgung sich also bewährt, möchte die Energiestrategie sie komplett umbauen. Dieser Umbau wird uns jedoch enorm teuer zu stehen kommen. Er verursacht nach Angaben des Bundesrates Kosten von ungefähr 200 Milliarden Franken bis zum Jahre 2050. Dennoch wird die Bevölkerung aber weniger Komfort als bisher haben. Denn das geplante Energiegesetz sieht vor, dass bis 2035 der Energieverbrauch pro Kopf praktisch halbiert wird.

Massive Einschränkungen

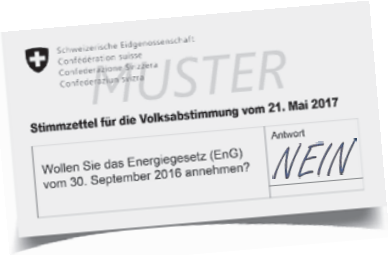
Es ist offensichtlich, dass dieses Ziel mit sparsameren Autos und Energiesparbirnen nicht mehr erreicht werden kann. Die Energiestrategie sieht daher massive Einschränkungen in allen Lebensbereichen vor. Mit der Vorlage werden staatliche Produktionsziele, zahlreiche neue Vorschriften und noch mehr Steuern und Abgaben im Umfang von jährlich 3200 CHF für einen vierköpfigen Haushalt Einzug halten. Alleine die geplante Erhöhung des Benzin- und Dieselpreises wird einen durchschnittlichen Autofahrer mehrere hundert Franken im Jahr kosten. Die Verteuerung des Heizölpreises um bis zu 67 Rappen wird Mieter und Hausbesitzer gleichermassen stark im Portemonnaie treffen, wenn man die Heizung nicht ein paar Grad herunterschrauben will.

Energieverteuerung gefährdet Arbeitsplätze

Durch diese massiven Verteuerungen wird Energie zum Luxusgut. Das hat Auswirkungen auf die gesamte Produktionskette (Herstellung, Vertrieb etc.) und damit auch auf die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz gegenüber dem Ausland. Arbeitsplätze, Wohlstand und energieintensive Industrien wären stark gefährdet. Eine derartige Zusatzbelastung unserer Wirtschaft und Privathaushalte können wir uns nicht leisten.

Ich empfehle Ihnen daher, dieses ruinöse und bevormundende Energiegesetz an der Urne abzulehnen!

Albert Rösti



Abstimmungsparole zum 21. Mai 2017

Energiegesetz:

NEIN (mit 212 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Non à une augmentation du prix de l'essence et à des hivers frigorifiants !

Le 21 mai, nous voterons sur la nouvelle loi sur l'énergie. L'UDC a lancé le référendum contre cette surcharge financière désastreuse pour les personnes seules, les familles et les PME. Avec de nombreuses associations, l'UDC s'engage avec force pour un NON à cette nouvelle loi sur l'énergie.

La Suisse bénéficie actuellement d'un approvisionnement sûr, bon marché et fiable qui nous garantit en tout temps assez d'énergie. Grâce à des voitures plus économiques, des appareils ménagers plus efficaces et des machines plus modernes, la consommation d'énergie par habitant recule depuis quelques années. Bien que le mode d'approvisionnement actuel en énergie ait fait ses preuves, la stratégique énergétique voudrait la restructurer de fonds en combles. Cette restructuration nous coûterait cher, soit selon le Conseil fédéral quelque 200 milliards de francs jusqu'en 2050. Et en plus, la population serait privée d'un certain confort. La loi proposée prévoit une consommation énergétique réduite de moitié par habitant. Il est clair que cet objectif ne pourrait pas être atteint qu'avec des voitures qui consommeraient moins et des ampoules électriques plus économiques. La stratégie énergétique prévoit des coupes massives dans tous les secteurs de consommation.

La réalisation des objectifs publics de production, les innombrables nouvelles prescriptions et encore plus d'impôts et de taxes coûteraient environ 3200 francs par an à un ménage de quatre personnes. L'automobiliste moyen débourserait plusieurs centaines de francs supplémentaires chaque année avec une nouvelle taxe sur l'essence et le diesel. Les locataires et les propriétaires le sentiraient aussi passer s'ils ne baissaient pas la température ambiante de leur logement de quelques degrés, car le prix du mazout pourrait augmenter par jusqu'à 67 centimes. Une augmentation massive ferait entrer l'énergie dans la catégorie des produits de luxe ; ceci aurait des conséquences sur l'ensemble de la chaîne de production (fabrication, exploitation, etc.) et donc sur la compétitivité de la place industrielle suisse par rapport à l'étranger. Les places de travail, le bien-être et les industries gourmandes en énergie seraient en danger. Nous ne pouvons demander à notre économie et aux ménages de prendre en charge de telles augmentations.

Je vous recommande de rejeter cette loi sur l'énergie qui est ruineuse et qui nous met sous tutelle.

Mehr Sicherheit und Lebensqualität – von einem JA profitiert der ganze Kanton Bern

Thomas Rufener, Grossrat, Langenthal

Für mehr Sicherheit und Lebensqualität
Durch das Nadelöhr Aarwangen zwängen sich jeden Tag 16'000 Fahrzeuge – mehr als durch den Gotthard – und der Zug überquert die Strasse dreimal, das ist ein unhaltbarer Zustand für alle Betroffenen. Die Fahrzeuge, darunter bis 16% Lastwagen, drängen sich in engen Verhältnissen vorbei an Velofahrern, Fussgängern und Schulkindern.

Eine durchdachte Verkehrslösung für alle
Mit einer kostengünstigen, einfachen Kantonsstrasse wird Aarwangen umfahren. Der Verbrauch an Kulturland wird dank geschickter Linienführung minimiert. Renaturierungen und Aufwertungsmassnahmen sind Teile des Projekts. Eine vom Kanton in Auftrag gegebene Studie bestätigt die Umweltverträglichkeit des Vorhabens.

Eine Lösung für den ganzen Kanton Bern
Die Verkehrssanierung bildet eine wichtige Massnahme zur Sicherung von 20'000 Arbeitsplätzen in der Region. Alleine die Stadt Langenthal zählt 12'500 Arbeitsplätze, viele davon in Industriebetrieben, wo Güter produziert und verarbeitet werden. Ein bedeutender Teil dieser Produkte sind Exportgüter. Der Wirtschaftsmotor Oberaargau muss gegenüber den Städten in den Nachbarkantonen konkurrenzfähig bleiben.
Von einem JA profitiert der ganze Kanton Bern!

Die Bevölkerung sagt deutlich JA
Die Bevölkerung im Oberaargau hat sich beim öffentlichen Mitwirkungsverfahren rege beteiligt und mit 83 Prozent für die Verkehrssanierung Aarwangen ausgesprochen.
Aarwangen und Langenthal verdienen die Solidarität des ganzen Kantons!

Das Projekt ist finanzierbar
Bei der Abstimmung vom 21. Mai 2017 geht es um die Zustimmung zum Projektierungskredit von CHF 6,6 Mio. (Referendum).
Die Gesamtkosten betragen rund CHF 136 Mio. Die Projektkosten sind eingestellt im kantonalen Investitionsbudget. Für das Projekt sind zudem Mittel aus dem kantonalen Investitionsspitzenfonds reserviert.
Der Bund hat namhafte Mittel in Aussicht gestellt (in Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der A1 zwischen Luterbach und Härkingen).

Fazit
Die betroffene Bevölkerung wartet seit über 30 Jahren auf eine nachhaltige Lösung.
Sagen wir also JA – denn ein JA zur Verkehrssanierung Aarwangen bedeutet:
Arbeitsplätze sichern – Oberaargau weiterentwickeln – Kanton Bern stärken!

Thomas Rufener

Abstimmungsparole zum 21. Mai 2017

Projektierungskredit für die Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord:

JA (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

Plus de sécurité et une amélioration de la qualité de vie – le OUI n'est que tout profit pour l'ensemble du canton

Plus de sécurité et amélioration de la qualité de vie
Chaque jour, pas moins de 16'000 véhicules traversent la localité d'Aarwangen – c'est plus qu'au Gothard – et le passage à niveau est fermé quotidiennement trois fois au passage du train, cette situation est intenable pour les riverains. Les véhicules, dont 16% sont des camions, côtoient cyclistes, piétons et écoliers.

Une solution réfléchie au profit de tous
Grâce à une route cantonale peu coûteuse et facile à construire, Aarwangen peut être contournée. L'impact sur les terres maraîchères est minimisé grâce à un tracé très bien pensé. La renaturation et des mesures de revalorisation sont incluses dans ce projet. Une étude mandatée par le canton en confirme la viabilité écologique.

Une solution dont profitera tout le canton de Berne
L'assainissement de la circulation est une mesure importante qui garantit le maintien de 20'000 emplois dans la région. Rien que la ville de Langenthal recense 12'500 emplois dont la majorité dans l'industrie où on produit et transforme de nombreux produits de consommation. Une grande partie de ces produits sont destinés à l'exportation. Pour rester compétitif, le pôle économique de Haute-Argovie doit se profiler vis-à-vis des villes d'alentour.
Tout le canton de Berne profitera d'un OUI !

La population de la région dit clairement OUI
La population de Haute-Argovie s'est clairement prononcée (83% des voix) en faveur du contournement d'Aarwangen lors d'une procédure de participation publique.
Aarwangen et Langenthal méritent la solidarité de tout le canton.

Le projet est finançable
A la votation du 21 mai 2017, il s'agit d'approuver le crédit d'étude de 6,6 millions de francs (référendum).
Les coûts globaux s'élèvent à 136 millions. Les coûts de projet sont inclus dans le budget cantonal d'investissement. En outre, des moyens financiers du Fonds cantonal de couverture des pics d'investissement sont réservés.
La Confédération envisage une participation financière substantielle dans le cadre de l'extension planifiée de l'A1 entre Luterbach et Härkingen.

Conclusion
La population attend depuis plus de trente ans une solution durable. Votons OUI – car un OUI à l'assainissement de la circulation Aarwangen signifie :
Assurer des emplois – développer la Haute-Argovie – renforcer l'économie du canton de Berne

Nein zu zusätzlichen 105 Asylmillionen

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Oberburg

Der Bund bezahlt den Kantonen die Kosten aus dem Vollzug des Asylgesetzes mit grosszügigen Pauschalen. Diese sollen ausreichen, um alle Aufwendungen zu decken. Da der Kanton Bern aber keine kostengünstigen, sondern Luxuslösungen anbietet, genügt ihm die Bundespauschale von 181 Mio. Franken nicht und er will bis 2019 auf dem Buckel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unnötigerweise zusätzliche 105 Mio. Franken für Asylsuchende ausgeben. Ein Komitee aus SVP- und EDU-Mitgliedern und der JSVP ergriff das Referendum gegen diesen Kredit. Sehr rasch kam dieses mit rund 14'000 Unterschriften (nötig wären 10'000) zustande.

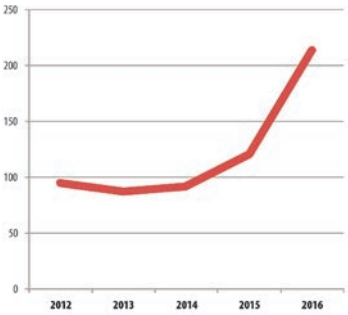
Gute Gründe gegen zusätzliche 105 Millionen

Das Referendumskomitee steht zur humanitären Tradition der Schweiz im Flüchtlingswesen. Missstände im Asylbereich müssen aber konsequent angegangen werden. Gegen die zusätzlichen Asylmillionen spricht:

Abstimmungsparole zum 21. Mai 2017

Kredit für die Asylsozialhilfe 2016–2019:
NEIN (einstimmig)

1. Der Kanton Bern bietet für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMAs) Sondersettings in speziellen Unterkünften an und nimmt damit schweizweit eine Pionierrolle ein. Diese besondere Betreuungsform kostet pro Person und Monat über 5'000 Franken – ein horrender Betrag! Eine durchschnittliche Mittelstandsfamilie hat pro Person und Monat nie so viel Geld zur Verfügung.
2. Gemäss dem Kanton sind diese horrenden Mehrkosten nötig, um das Kindeswohl zu gewährleisten. Kein Gesetz schreibt aber vor, dass Kinder und Jugendliche in gesonderten Unterkünften untergebracht werden müssten. Ausserdem – und besonders brisant – handelt es sich bei den



Gesamtausgaben im bernischen Asylbereich

Non à 105 millions supplémentaires pour les requérants d'asile

La Confédération prend en charge les coûts de l'application de la loi sur l'asile en versant des forfaits suffisants aux cantons. Le canton de Berne n'opte pas pour des solutions bon marché mais luxueuses que les subventions fédérales (181 millions de francs p.a.) ne peuvent couvrir et il veut dépenser 105 millions supplémentaires pour les requérants d'asile. Un référendum a été lancé contre ce crédit.

De bonnes raisons contre un crédit de 105 millions supplémentaires

Le comité contre ce crédit tient à la tradition humanitaire de la Suisse, mais il faut réagir aux abus dans le domaine de l'asile. De bonnes raisons contre les 105 millions de francs supplémentaires pour l'asile :

1. *Le canton de Berne dispose pour les requérants d'asile mineurs non accompagnés (RMNA) de centres d'accueil avec prestations ciblées sur la jeunesse. Cette forme d'encadrement coûte plus de 5'000 francs par personne et par mois. Un montant exorbitant – une famille de la classe moyenne en Suisse n'a certainement pas autant d'argent à disposition par mois et par personne.*
2. *Le canton dit que ces montants excessifs sont nécessaires pour garantir le bien-être des enfants et des adolescents dans ces centres d'accueil. Mais aucune loi ne prescrit que les enfants et les adolescents doivent être hébergés dans des centres spéciaux. En plus, il ne s'agit en majorité pas d'enfants, mais de jeunes adultes de 17 à 20 ans.*
3. *La Confédération verse aux cantons 1'500 francs par mois et par requérant d'asile. Un tel montant suffit amplement pour vivre dans un logement collectif.*
4. *Les chiffres de l'asile n'évoluent pas comme le canton s'y attendait. Le crédit est donc disproportionné par rapport aux besoins.*
5. *Dans le domaine de l'asile, la charge financière prise par le canton de Berne est déjà nettement plus élevée que dans d'autres cantons. La proportion de requérants d'asile y est aussi plus élevée. Comme de plus en plus de requérants admis provisoirement restent chez nous, la charge financière pour le canton et les communes augmente. Le canton n'a donc pas à offrir délibérément des solutions luxueuses. Il faut trouver une solution modérée qui ne pèse pas sur les contribuables.*

Explosion des coûts

L'évolution des coûts dans le domaine de l'asile est terrifiant. La somme des coûts pour le domaine de l'asile dans le canton de Berne a plus que doublé en cinq ans. Dans le domaine RMNA, les coûts ne cessent de croître et atteignent aujourd'hui 5'000 francs par mois pour un RMNA.
Engagez-vous aussi pour que la voie soit libre pour des solutions modérées.
Merci pour un NON significatif contre 105 millions supplémentaires pour l'asile !

UMAs zu einem grossen Teil nicht wie angegeben um Kinder, sondern um junge Leute zwischen 17 und 20 Jahren, die in ihren Heimatländern längst auf eigenen Beinen stehen würden.

3. Der Bund bezahlt den Kantonen 1'500 Franken pro Asylsuchenden und Monat für Unterbringung, Versorgung und Krankenversicherung. Dieser Betrag reicht in Kollektivunterkünften längst aus.
4. Die Asylzahlen entwickeln sich nicht wie vom Kanton erwartet. Der Kredit ist also zu hoch.
5. Der Kanton Bern trägt schon heute hohe Lasten im Asylbereich. Er nimmt proportional zur Wohnbevölkerung mehr Asylsuchende auf als andere Kantone. Da immer mehr Asylsuchende vorläufig aufgenommen werden, steigt die Belastung für den Kanton und die Gemeinden immer mehr. Es ist daher wichtig, dass der Kanton nicht noch Luxuslösungen anbietet, ohne dass er dazu verpflichtet wäre. Ein Nein zum Kredit macht den Weg frei für eine massvolle Lösung.

Haarsträubende Kostenentwicklung

Die Entwicklung der Kosten im Asylwesen ist haarsträubend! Der Gesamtaufwand im bernischen Asylbereich hat sich in fünf Jahren verdoppelt und beträgt heute bereits 214 Mio. Franken jährlich. Auch bei den UMAs lässt die Entwicklung der Kosten aufhorchen: Noch vor fünf Jahren kostete ein UMA «nur» 2'000 Franken pro Monat, heute sind es schon 5'000 Franken.

Helfen auch Sie mit, den Weg frei zu machen für massvolle Lösungen.

Danke, dass Sie klar und deutlich NEIN stimmen zu den unnötigen, zusätzlichen 105 Asylmillionen!

Andrea Gschwend-Pieren

Spendenaktion zu den Abstimmungskämpfen

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit dem Referendum über den Asylsozialhilfekredit und dem Entscheid über die Kantonszugehörigkeit von Moutier stehen zwei wichtige Vorlagen zur Abstimmung, bei denen sich Komitees aus der SVP aktiv und auch mit finanziellen Aufwendungen engagieren.

Die beiden Komitees arbeiten mit beschränkten Budgets und freuen sich, wenn Sie ihre Arbeit mit einer Spende unterstützen!
Auf dem dieser Ausgabe des Berner Journals beigelegten Einzahlungsschein können Sie angeben, wofür Ihre Spende eingesetzt werden soll.

Herzlichen Dank für Ihre grosszügige finanzielle Unterstützung dieser Abstimmungskämpfe!

Resolution «Pro Berner Jura»

Die SVP Kanton Bern ist die einzige Kantonalpartei, die sich seit jeher für einen zweisprachigen Kanton Bern und den Verbleib des Berner Juras und Moutier eingesetzt hat. Wir engagieren uns jetzt und auch in Zukunft aus voller Überzeugung

- **pour un canton de Berne vraiment bilingue**
  Nur ein zweisprachiger Kanton Bern mit dem Berner Jura inklusive Moutier kann seine Brückenfunktion zwischen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Schweiz wahrnehmen. Die Zweisprachigkeit bildet einen direkten Standortvorteil für unseren Kanton und ist wichtig für den Zusammenhalt der ganzen Schweiz.
- **pour un Jura bernois à part entière de l'identité culturelle du canton de Berne**
  Nicht erst seit dem Wiener Kongress gehört der mehrheitlich reformierte Berner Jura kulturell und konfessionell zu Bern und bildet somit Teil der Identität des Kantons Bern. Die Bevölkerung des Berner Juras fühlt sich klar dem Kanton Bern zugehörig und hat sich in der historischen Abstimmung vom 24. November 2013 überdeutlich gegen die Gründung eines neuen, grösseren Kantons Jura entschieden.
- **pour un Jura bernois fort comme région économique**
  Der Berner Jura als bedeutende Industrieregion und Standort international renommierter Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen ist im Interesse der Volkswirtschaft des gesamten Kantons zu fördern, beispielsweise mit Infrastrukturprojekten wie der kürzlich erfolgten Einweihung der Transjurane.
- **pour un Jura bernois solide comme région de santé**
  Mit der Hôpital du Jura bernois SA an den Standorten Moutier und St. Imier wird eine exzellente Gesundheitsversorgung für die gesamte Region sichergestellt.

Wir engagieren uns für einen Verbleib von Moutier im Kanton Bern, denn

- sans un Jura bernois fort avec Moutier comme plaque tournante, le bilinguisme du canton de Berne serait en péril – au détriment de la cohésion nationale.
- ein Kantonswechsel von Moutier könnte dazu führen, dass der Berner Jura noch weiter zerstückelt würde. Mit einem Berner Jura als blossem Flickenteppich aber ginge ein bedeutender Teil der Identität des Kantons Bern unwiederbringlich verloren.
- si Moutier, centre régional, changeait de canton, non seulement l'économie du Jura bernois pâtirait, mais tout le canton de Berne.
- ein Kantonswechsel von Moutier würde die Gesundheitsversorgung des gesamten Berner Juras gefährden.

Wir unterstützen auch in Zukunft die vielfältigen, wichtigen Massnahmen zur Stärkung des Berner Juras – der Berner Jura liegt uns am Herzen!

Nous soutiendrons aussi à l'avenir les mesures diversifiées et importantes de renforcement du Jura bernois – le Jura bernois nous tient à cœur.

Reithallen-Initiative: Grossrat missachtet Volksrechte und Verfassung

Patrick Freudiger, Grossrat, Langenthal

Die Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle!» der Jungen SVP wurde mit 17'535 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie thematisiert die Sicherheitsprobleme der Berner Reithalle, die heute faktisch ein rechtsfreier Raum ist: Drogenhandel, gewalttätige Ausschreitungen mit der Reithalle als Rückzugsort der Chaoten, Verletzte und Sachschaden sind nur einige Folgen der bestehenden Reithallen-Nutzung. Die Reithallenbetreiber zeigen keine Bereitschaft, gegen solche Zustände wirksam vorzugehen.

Die Stadt Bern ihrerseits toleriert den rechtsfreien Raum Reithalle weitgehend und subventioniert die Reithalle sogar mit 380'000 Fr. pro Jahr. Dennoch erhält die Stadt millionenfache Zuschüsse aus dem kantonalen Finanzausgleich. Das ist stossend angesichts der kantonal einmalig hohen Kosten für die Allgemeinheit aus der bestehenden Reitschul-Nutzung. Die Reithallen-Initiative will solche Fehlanreize vermeiden und die Stadt Bern zu einem rechtskonformen Verhalten anhalten. Der Stadt Bern sollen Leistungen aus dem Finanzausgleich gekürzt werden, solange die bestehende gefahrenträchtige Reitschulnutzung anhält.

Gute Chancen in einer Volksabstimmung

Die Reithallen-Initiative hätte gute Chancen in einer Volksabstimmung. Der Regierungsrat beantragte aber gestützt auf ein Rechtsgutachten, die Initiative für ungültig zu erklären.

Der Verdacht lag in der Luft, dass diese juristischen Gründe nur vorgeschoben sind, um eine Volksabstimmung zu vermeiden. Ein Gegengutachten von Prof. Grisel kommt denn auch zum Schluss, dass keine tauglichen Gründe für eine Ungültigerklärung bestehen.

Eine knappe Mitte-links-Mehrheit im Grossen Rat erklärte die Reithallen-Initiative dennoch für ungültig. Zu Unrecht: Nach der Rechtsprechung zu den politischen Rechten dürfen nur offensichtlich rechtswidrige Initiativen für ungültig erklärt werden. **Gerade die völlig unterschiedlichen Rechtsgutachten und die zwei Tage andauernde Grossratsdebatte zeigen, dass vorliegend die hohen Hürden für eine Ungültigkeit nicht erfüllt sind.**

Inzwischen haben die Junge SVP und mehrere Privatpersonen Beschwerde vor dem Bundesgericht erhoben. Deren Chancen sind angesichts der grundsätzlich initiativfreundlichen bundesgerichtlichen Rechtsprechung (vgl. etwa BGE 138 I 131) zumindest intakt. Unbequeme Volksinitiativen unter Vorschiebung juristischer Gründe der Volksabstimmung zu entziehen, verdient keinen Schutz.

Patrick Freudiger

Veranstaltungshinweis

Hauptversammlung 2017 der SVP Senioren

Dienstag, 9. Mai 2017, 13.30 bis 17.00 Uhr, Restaurant Kreuz, Dorfstrasse 30, 3123 Belp

Programm

13.30 Uhr	Referat Nationalrat Werner Salzmann (Aktuelles), Diskussion
14.15 Uhr	Referat Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (Aktuelles aus der Gesundheits- und Fürsorgedirektion), Diskussion
15.30 Uhr	Hauptversammlung
16.00 Uhr	Zvieri (Zvieri-Teller Fr. 19.50)
17.00 Uhr	Schluss der Veranstaltung

Alle SVP-Mitglieder und -Sympathisanten sind herzlich willkommen.

Anmeldungen mit/ohne Zvieri möglichst bis Freitag, 5. Mai 2017 an Rudolf Graf, Präsident SVP-Senioren, Postfach 55, 4912 Aarwangen
rudolf.graf@graf-krummenacher.ch
Tel. 062 919 40 40, Fax 062 919 40 44

www.svp-senioren.ch SVP Senioren Kanton Bern

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

Natalie Rickli besucht die Berner SVP Frauen

Wie das wohl ist, wenn man wegen seines politischen Amtes ständig im Fokus der Öffentlichkeit steht? Eine Frage, die uns SVP Frauen immer wieder beschäftigt. Eine, die es genau weiss, ist die Zürcher Nationalrätin Natalie Rickli, die bereits im zarten Alter von 16 Jahren durch die EWR-Abstimmung politisiert wurde und seither beharrlich ihren Weg geht.

Natalie Rickli hat die Berner SVP Frauen im ehrwürdigen Rathaus zu Bern besucht und erzählt, wie aus der aufmerksamen KV-Lernenden eine unserer profiliertesten SVP-Nationalrätinnen wurde.

Beim Apéro hatten die Teilnehmerinnen dann Gelegenheit, sich auch noch mit den anwesenden Grossrätinnen und Gemeinde-Exekutivmitgliedern über deren Erfahrungen im Polit-Alltag auszutauschen.

Die über 30 anwesenden Frauen haben unter anderem erfahren, dass man in der Politik nicht alles persönlich nehmen darf (was gerade den Frauen zuweilen schwer fällt) und wie wichtig es ist, sich zwischendurch abzugrenzen.

Hinweis an alle SVP Frauen:
Falls Sie dem Frauennetzwerk noch nicht angehören, aber an unseren Veranstaltungshinweisen interessiert sind, melden Sie doch bitte Ihre Mail-Adresse unserem Sekretariat auf sekretariat@svp-bern.ch.

Die SVP Kanton Bern an der BEA 2017

Die SVP Kanton Bern ist auch 2017 wieder mit einem Stand an der BEA vertreten. An jedem Tag stellt sich eine andere SVP-Wahlkreispartei vor – es lohnt sich also, mehrmals vorbeizukommen!

Freitag,	28. April:	SVP Emmental
Samstag,	29. April:	SVP Mittelland Nord
Sonntag,	30. April:	SVP Jura bernois
Montag,	1. Mai:	SVP Frauen Kanton Bern
Dienstag,	2. Mai:	SVP Oberaargau
Mittwoch,	3. Mai:	SVP Stadt Bern
Donnerstag,	4. Mai:	SVP Thun
Freitag,	5. Mai:	SVP Biel-Seeland
Samstag,	6. Mai:	SVP Oberland
Sonntag,	7. Mai:	SVP Mittelland Süd

Wir freuen uns auf Ihren Besuch am SVP-Stand in der Halle 1.1

BEA
DIE BERNER FRÜHLINGSMESSE
28.4.–7.5.2017

Impressionen Parteifest 2017